

„Lasst uns über Alternativen reden“

Diskussionsveranstaltung
mit Christian Frings, Gerhard Klas,
Peter Scheiffele, Susanne Spindler, Oliver Pye
und Bettina Lösch

Die ReferentInnen sind AutorInnen des „ABC der Alternativen 2.0“, das von Ulrich Brand, Bettina Lösch, Benjamin Opratko und Stefan Thimmel 2012 im VSA Verlag herausgegeben wurde.

Freitag, 18. Januar, 20Uhr

Im Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79 (Köln-Ehrenfeld), Eintritt frei



„Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus“ (Mark Fisher). Mit der dominanten Killerphrase von der gesellschaftlichen Alternativlosigkeit und dem berüchtigten TINA-Prinzip („There is no Alternative“) versuchte sich das neoliberale Projekt in den letzten Jahren unantastbar und unhinterfragbar zu machen. Die seit 2008 anhaltende Wirtschafts-, Finanz- und damit einhergehende Demokratiekrise sowie die absehbare Endlichkeit von Ressourcen und von permanentem Wirtschaftswachstum machen das neoliberale Einheitsdenken erneut brüchig und entziehen dem Kapitalismus seine Legitimität. Globale Proteste gegen die herrschende Krisenbearbeitung, gegen

Naturzerstörung, soziale Spaltung und für echte Demokratisierung eröffnen neue Räume für Diskussionen um gesellschaftliche Alternativen und deren praktische Umsetzung. Dabei geht es auch um die Interdependenzen unterschiedlicher Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse. Welche gesellschaftlichen und emanzipatorischen Alternativen lassen sich derzeit denken und werden bereits praktiziert? Wie stehen einzelne alternativen Praktiken und Denkweisen in Widerspruch zueinander und wo lassen sich Bündnisse herstellen? Was bedeutet es, dass Alternativen nur auf „Weltniveau“, d.h. global umsetzbar sind? All diese und weitere Fragen, die auf die Möglichkeiten einer (globalen) gesellschaftlichen Transformation gerichtet sind, sollen in dieser Veranstaltung diskutiert und angedacht werden.

Kooperation: Die Veranstaltung wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert

V.i.S.d.P. : Allerweltshaus Köln e.V., Tel.: 0221 – 510 30 02, www.menschenrechte-koeln.de